



Europa-Express

Europäisch Fliegen

Roland Erne* im Flugzeug mit Nicolas Schmit und über RyanAir

In: *express* 5-6/2024

Sonntagmorgen. 7. April. Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte und Spitzenkandidat der Europäischen Sozialdemokraten (SPE) für die gerade beendete EU-Wahl, und ich treffen an Bord eines Morgenfluges nach Charleroi zufällig aufeinander. Schmit kommt gerade von einer Wahlkampfveranstaltung in Rumänien zurück. Ich bin auf dem Weg zu einer europäischen Demonstration in Brüssel gegen die drohenden Kürzungen im Gesundheitswesen (vgl. EPSU 2024), da die Staats- und Regierungschefs der EU planen, die Haushaltsregeln der EU, die sie während der Covid 19-Notlage ausgesetzt hatten, wieder einzuführen (Erne et al. 2024).

Nicolas Schmit liest gerade ein Buch: »30 idées pour 2030«, herausgegeben von der linken, frankophonen Denkfabrik Confrontations Europe (2024), die eine soziale und demokratische europäische Verfassung fordert. Um uns herum sind viele müde rumänische Arbeiter auf dem Heimweg nach Belgien, wie Dariu neben mir, der in einem Kleinbus durch die Nacht zum Bukarester Flughafen gefahren ist, nachdem er seine Eltern in einem Dorf an der moldawischen Grenze besucht hat. Ich frage Nicolas Schmit, ob er bereit ist, einige Fragen zu seiner Arbeit zu beantworten. Er willigt ein. Ich zücke mein Handy und fange an: »Was sind denn Ihre Prioritäten?«

»In drei Worten: Der Aufbau eines demokratischen Europas, eines sozialen Europas, aber auch eines starken Europas. Wirtschaftlich stark, aber auch politisch stark in einem völlig anderen geopolitischen Umfeld.

Für mich ist es sehr wichtig, unsere Demokratie im Inneren zu stärken, denn die Demokratie wird von außen angegriffen, durch den Krieg in der Ukraine, durch Putin und all die autoritären Regime. Aber auch von innen, wie wir wissen, gibt es einige Länder, in denen es autoritäre Bestrebungen gibt, also müssen wir die Demokratie schützen. Aber auch die Art und Weise, wie die Union funktionieren soll, muss weiter demokratisiert werden. Das ist meine erste Priorität.

Bei der zweiten Priorität geht es natürlich um ein soziales Europa, und das bedeutet, dass es eine allgemeine Sozialklausel geben muss. Wir können keine Klimaveränderung ohne soziale Gerechtigkeit haben. Wir haben bereits damit begonnen, die soziale Dimension der EU durch die Mindestlohnrichtlinie, die Plattformrichtlinie und andere Initiativen zu stärken. Aber wir müssen sicherstellen, dass es jetzt keinen sozialen Stillstand gibt. Wir müssen die soziale Dimension der Union weiter ausbauen und stärken.

Drittens: Die Union muss auch autonomer werden. Europa muss mehr in seine Industrie investieren, und das muss immer gute Arbeitsplätze mit guten Löhnen bedeuten. Die Weiterentwicklung unserer strategischen Autonomie bedeutet beides: die Union nach innen zu stärken, aber auch nach außen angesichts der Sicherheitsfragen, mit denen wir heute konfrontiert sind.«

Ich antworte: »Das klingt alles gut. Aber die Forderung nach einem demokratischeren und sozialeren Europa ist seit vielen Jahren Bestandteil von EU-Deklarationen. Wenn man sich jedoch die unsozialen Interventionen der EU-Führungskräfte nach der Finanzkrise in Irland und anderswo ansieht und den Übergang der EU zu einem neuen Regime der wirtschaftlichen Governance nach 2008, das sowohl die nationalen Parlamente als auch das Europäische Parlament umgeht (Erne et al. 2024), frage ich mich, ob die Europäische Kommission und der Rat auch für die aktuellen Probleme der Demokratie in Europa verantwortlich sind.«

Schmit meint: »Nun, ich würde sagen, dass Europa in eine neoliberale Falle getappt ist. Die europäische Politik war sehr stark von der neoliberalen Ideologie inspiriert, in der Überzeugung, dass die Märkte das Wichtigste seien. Dieses blinde Vertrauen in die Märkte hatte zur Folge, dass es zu einer Finanzkrise kam und so weiter. In den letzten Jahren haben wir meines Erachtens eine Art Wendepunkt erreicht, an dem wir begonnen haben, soziale Forderungen wieder ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Aber es ist nicht sicher, was als nächstes kommt. Wendepunkte sind wichtig, aber man muss sicherstellen, dass diese Arbeit in Richtung einer sozialeren Politik fortgesetzt wird, denn es besteht immer die Möglichkeit, dass es wieder rückwärtsgeht. Ich setze mich also dafür ein, dass wir weiter in diese Richtung arbeiten. Wir müssen die soziale Dimension wirklich in vielen neuen Bereichen ausbauen, denn die Dinge ändern sich sehr schnell. Wenn man sich zum Beispiel die Arbeitswelt anschaut, sind Algorithmen überall präsent, und deshalb haben wir diese Richtlinie zur Plattformarbeit verabschiedet, um die Arbeitnehmer in diesem Sektor zu schützen, und wir müssen damit fortfahren.«

Ein paar Stunden später stehe ich vor dem Europäischen Parlament. Gesundheitsgewerkschafter aus ganz Europa protestieren gegen die Kommerzialisierung von Gesundheitsdienstleistungen. Für den nächsten Tag bin ich ins Europäische Parlament eingeladen worden, um die Ergebnisse unseres UCD ERC-Forschungsprojekts über die neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der EU im Bereich der Gesundheitsdienste in Deutschland, Irland, Italien und Rumänien von der Finanzkrise 2008 bis zum Covid-19-Notstand vorzustellen (Stan und Erne 2023; Erne et al. 2024). Der belgische Europaabgeordnete Marc Botenga, Mitglied der Linksfraktion im Europäischen Parlament, eröffnet die Gesundheitskonferenz des Europäischen Parlaments. Er tut dies, indem er mit einem Artikel auf der Titelseite der belgischen Tageszeitung *Le Soir* vom 8. April 2024 wedelt. Der Artikel über die mangelnde Finanzierung von Schulen und Krankenhäusern in Belgien stützt sich auf eine neue Studie der New Economics Foundation und des Europäischen Gewerkschaftsbundes von Sebastian Mang und Dominic Caddick (2024), aus der hervorgeht, dass die Anwendung der neuen EU-Fiskalregeln dazu führen würde, dass die Regierungen, die 90 Prozent der europäischen Bevölkerung vertreten, nicht in der Lage sein werden, ihre sozialen und klimapolitischen Ziele zu erreichen.

Damit erhält Schmits Warnung vor der drohenden Gefahr eines »Rückschritts« einen dramatischen Kontext, auch weil das Europäische Parlament und der Rat nur wenige Tage später, kurz vor Ende der laufenden Legislaturperiode, ein neues Gesetz zum EU-Stabilitäts- und Wachstumspakt verabschiedeten. Ob die neuen EU-Fiskalregeln zu einer Rückkehr der unsozialen Interventionen der Troika-Periode führen werden, hängt von den politischen Prioritäten der neuen EU-Kommission und damit auch des neuen EU-Parlaments ab, das den nächsten Kommissionspräsidenten wählt. Deshalb sind die aktuellen EU-Wahlen die mit Abstand wichtigsten Wahlen in Europa in diesem Jahr (sic, so war es – die Redaktion).

Irland: Ryanair bezwungen

Der Billig-Flieger Ryanair hat es jahrzehntelang geschafft, auch die stärksten Pilotengewerkschaften zu besiegen. Bis eine scheinbar unbedeutende EU-Regel den irischen Konzern in die Knie zwang.

Im Oktober 2014 kündigte Ryanair die Eröffnung von zwei Basen in Dänemark an. Sofort forderten dänische Gewerkschaften einen Tarifvertrag, doch Ryanair stellte sich quer. Daraufhin entschied das dänische Arbeitsgericht, dass die Gewerkschaften mittels Sympathiestreiks einen Tarifvertrag erzwingen können. Doch zu solchen Streiks kam es nie. Ryanair schloss

einfach seine Basen in Kopenhagen und Billund und bediente diese Flughäfen mit Piloten aus Irland. Ähnlich erging es auch norwegischen und französischen Piloten-Gewerkschaften. Im Dezember 2017 dann die Kehrtwende: Ryanair musste Pilotengewerkschaften in der ganzen EU anerkennen. Was war geschehen?

Zwischen September und Dezember 2017 musste Ryanair tausende Flüge streichen. Der Hauptgrund dafür war ein EU-Gesetz, das die maximale Anzahl der Stunden festlegt, die ein Pilot innerhalb eines Kalenderjahres fliegen darf. Mit Ausnahme von Irland hielten sich alle EU-Mitgliedstaaten an diese Regel. Doch dann zwang die EU auch Irland, sich an diese EU-Regel zu halten.

Nun musste Ryanair zusätzlichen Urlaub für die irischen Pilot:innen einplanen. Die Gewerkschaften erkannten das Potenzial für eine Verschiebung der Kräfteverhältnisse: Ryanair hatte nicht mehr genügend Pilot:innen, um Streiks zu brechen, da diese mehrheitlich am Strand saßen und nicht im Cockpit.

Anfang Dezember 2017 sprachen sich die gewerkschaftlich organisierten Pilot:innen in Irland mit großer Mehrheit für einen Arbeitskampf aus. Ihre Kolleg:innen in Portugal, Spanien, Italien und Deutschland folgten diesem Beispiel. Die länderübergreifende Streikdrohung zwang Ryanair, seine gewerkschaftsfeindliche Politik aufzugeben.

Diese Geschichte zeigt, dass die Stärke der europäischen Gewerkschaften nicht nur von nationalen Gesetzen abhängt, sondern auch von ihrer Fähigkeit, über die Landesgrenzen hinweg zusammenzuarbeiten. Manchmal sind scheinbar belanglose EU-Regeln wichtiger als das nationale Arbeitsrecht.

** Roland Erne war Chemielaborant und Gewerkschaftssekretär in Lausanne und Zürich. Seit 2003 ist er Hochschullehrer für Europäische Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.*

Literatur:

- Confrontations Europe (2024): 30 idées pour 2030. (Re)construire une Europe démocratique. Paris: Descartes et Cie.*
- Erne, Roland et al. (2024) Politicising Commodification. European Governance and Labour Politics from the Financial Crisis to the Covid Emergency. Cambridge University Press. Online: <http://hdl.handle.net/10197/25526>.*
- EPSU – Europäischer Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (2024): Health before profits – ... let's change Europe. Presseerklärung: European mobilisation on 7 April: <https://www.epsu.org/article/press-statement-european-mobilisation-7-april>.*
- Golden, D. / Erne, R. (2022): Ryanair pilots: Unlikely pioneers of transnational collective action, in: European Journal of Industrial Relations, Jg. 28, Nr. 4/2022: 451-469, <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/09596801221094740>.*
- Mang, Sebastian / Caddick, Dominic (2024): Navigating Constraints for Progress. Brüssel: New Economics Foundation and European Trade Union Confederation. Online: <https://etuc.org/sites/default/files/publication/file/2024-04/Publication%20-%20Fiscal%20Rules%20Report.pdf>.*
- Stan, Sabina / Erne, Roland (2023): Pursuing an overarching commodification script through country-specific interventions? The EU's New Economic Governance prescriptions in healthcare (2009-2019), Socio-Economic Review, DOI: <https://doi.org/10.1093/ser/mwad053>.*

express im Netz und Bezug unter: www.express-afp.info
Email: express-afp@online.de

express / AFP e.V., Niddastraße 64, VH, 4. OG, 60329 Frankfurt a.M.

Bankverbindung für Spenden und Zahlungen:

AFP, Sparda-Bank Hessen eG, IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37, BIC: GENODEF1S12